

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

7.6.1894 (No. 153)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 7. Juni.

№ 153.

Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Mai d. J. gnädigst geruht, den Gerichtsnotar Karl Köllnerberger in Wiesloch auf sein unterthänigstes Ansuchen mit Wirkung vom 2. Juli d. J. wegen vorgerückten Alters und körperlichen Leidens unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen und dem Notar I. Gehaltsklasse Anton Schmitt in Durlach auf denselben Zeitpunkt eine Notarstelle im Amtsgerichtsbezirk Wiesloch zu übertragen.

Durch Entschließung Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 2. Juni d. J. ist die durch die Zurücksetzung des Gerichtsnotars Köllnerberger erledigte Notarstelle Wiesloch I dem auf 2. Juli dahin versetzten Notar I. Gehaltsklasse Anton Schmitt in Durlach übertragen worden.

Durch Entschließung Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 4. Juni d. J. ist die Notarstelle Durlach I dem Notar II. Gehaltsklasse Dr. Philipp Reichardt in Sinsheim, die Notarstelle Sinsheim dem Notar III. Gehaltsklasse Dr. Heinrich Bachelin in Billingen übertragen worden.

Durch Entschließung des Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 31. Mai d. J. ist die Notarstelle Mühlheim dem Großherzoglichen Notar Gustav Steiger in Wolfach übertragen worden.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 6. Juni.

Nach Mittheilungen aus Pest erwartet man dort, daß die ungarische Ministerkrise bis morgen zum Abschluß kommen wird; in dieser Voraussicht sollen die beiden Häuser des ungarischen Reichstags, die ihre Verhandlungen einstweilen suspendirt haben, am Freitag wieder Sitzungen abhalten. Einen Antrag zur Bildung des neuen Kabinetts hat Kaiser Franz Josef, nachdem Graf Khuen-Hedervary sich außer Stande zu derselben erklärt hat, Niemandem ertheilt; seine Unterredungen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Koloman Tisza und mit Szell scheinen lediglich informativische Zwecke verfolgt zu haben. Wenn indessen, wie es von Vielen für wahrscheinlich gehalten wird, der Kaiser Herrn Dr. Weterle wieder zur Ministerpräsidentenschaft berufen sollte, so würde die Neubildung des Kabinetts vermutlich so rasch gehen, daß das neue Ministerium in der That bereits morgen fertig sein kann, da die meisten bisherigen Kollegen Weterle's wohl in ihre Aemter zurückkehren dürften und die persönliche Anwesenheit des Monarchen in Pest eine sofortige Erledigung der notwendigen Formalitäten gestattet. Das Wiener „Fremdenblatt“ glaubt ebenfalls, „Weterle werde, obwohl seine Demission nun auch formell angenommen sei, mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden und seine Ministerkollegen in dasselbe einbeziehen. Dagegen werde er die Forderung jener Garantien fallen lassen, welche den Stein des Anstoßes zwischen ihm und der Krone gebildet hatten.“ Das Blatt fügt aber vorsichtigerweise hinzu: „Ob diese Kombinationen den Thatsachen entsprechen, das wird in aller nächster Zeit klar werden.“ Ueber die Frage, weshalb der Kaiser sich heute entschließen soll, nachdem er noch vor kurzem von Herrn Weterle als unerlässlich bezeichnet worden ist, um die Civilehevorlage im Magnatenhause durchzusetzen, spricht sich heute der „Kremze“ aus. Der offiziöse „Kremze“ kündigt an, daß Mittel und Wege gefunden worden seien, welche den beabsichtigten Parasschub entbehrlich machen. Das Blatt sagt, die Reise des Kaisers nach Pest, sowie die Versicherung des Monarchen, in konstitutionelle Einflüsse von dem Magnatenhause fern zu halten, ferner die Allerhöchste Ermächtigung zu der Erklärung, daß die Krone nicht gegen das Ehegesetz sei, endlich der Umstand, daß der Monarch mit Umgehung der dienstfertigen Opposition abermals Weterle mit der Kabinettsbildung betraut, alles dies würden Garantien dafür sein, daß das Magnatenhaus die Vorlage nicht zum zweitenmale verwirft.

Eine ähnliche Ansicht, wie sie in Bezug auf die voraussichtliche Lösung der ungarischen Ministerkrise besteht, überwiegt auch in der Beurtheilung der gestern plötzlich ausgebrochenen italienischen Krise; auch was die Letztere angeht, glaubt man nach den vorliegenden römischen Telegrammen, daß der bisherige Ministerpräsident zur Neubildung des Kabinetts berufen werden wird. Francesco Crispi hat mit seinen Kollegen sein Entlassungsgesuch

eingereicht, weil sein Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses, der mit der Berathung aller in der Verwaltung und im Staatshaushalte überhaupt noch möglichen Erparungen betraut werden soll, nur die knappe Mehrheit von elf Stimmen erlangte; ist diese Mehrheit schon an und für sich eine geringe, so erscheint sie in noch ungünstigerem Lichte angesichts des Umstandes, daß sie durch die Stimmenthaltung von sechs Abgeordneten zu Stande kam. König Umberto hat sich die Entscheidung über das vom Ministerium eingereichte Entlassungsgesuch vorbehalten. Die Meinung, daß Crispi einen neuen Beweis des fortdauernden Vertrauens seines Monarchen erhalten und an der Spitze des Kabinetts bleiben wird, liegt angesichts der parlamentarischen Verhältnisse Italiens nahe. Als Mitte Dezember vorigen Jahres Crispi die Ministerpräsidentenschaft antrat, war es, abgesehen von seinen politischen Gegnern, in Italien sowohl wie im Auslande die fast allgemeine Ansicht, daß, wenn irgend ein italienischer Politiker eine durchgreifende Besserung des Finanzwesens herbeiführen könne, dies Crispi sei; kein anderer Politiker vereinigte eine so große Autorität, einen so bedeutenden Einfluß in Land und Parlament mit so viel taktischem Geschick und kühnem Muthe als er. Seitdem sind den finanzpolitischen Vorschlägen Crispi's und seines Kollegen vom Finanzministerium, des Baron Sonnino, zwar in der Deputirtenkammer die denkbar größten Schwierigkeiten in den Weg gestellt worden, aber annehmbare Gegenvorschläge, die auf einem bequemeren Wege als die von Crispi und von Sonnino gemachten zu demselben Ziele einer gründlichen Reorganisation der Verwaltung und der Staatsfinanzen führen würden, sind von oppositioneller Seite nicht gemacht worden. Wäre es der Fall gewesen, so hätte Crispi nicht geögert, sie anzunehmen; angesichts der Ohnmacht der Oppositionsparteien, ein großes, den Regierungsanträgen gleichwerthiges Finanzprogramm vorzuschlagen, mußte Crispi jedoch auf dem seinigen beharren. Die „Riforma“ hebt hervor, daß die Opposition nicht im Stande sein würde, ein Kabinet zu bilden, da sie zu zerfahren sei.

Deutschland.

* Berlin, 5. Juni. Heute Vormittag arbeitete Seine Majestät der Kaiser zunächst mit dem Chef der Militärkabinets und hörte dann den Vortrag des Ministers des königlichen Hauses. Im Laufe des Vormittags hatte der Obermarschall im königreich Preußen, Graf Richard zu Eulenburg, Majoratsherr auf Leunenburg-Prassen, die Ehre, von Seiner Majestät empfangen zu werden.

— Reichskanzler Graf Caprivi wird, wie die „Post“ hört, seinen Urlaub erst im späteren Laufe des Sommers antreten und dann vielleicht wieder nach Karlsbad gehen.

— Der zum Auswärtigen Amt kommandirte Major à la suite des Kaiser Franz-Gardegrenadierregiments, Louis Otto Ebmeyer ist von Seiner Majestät dem Kaiser in den Adelstand erhoben worden. Major von Ebmeyer ist der Adjutant des Reichskanzlers Grafen Caprivi.

Dresden, 5. Juni. Der 8. ordentliche Berufsgenossenschaftstag wurde unter zahlreicher Theilnahme durch den Abgeordneten Rosfeld eröffnet. Handelsrichter Jakob aus Berlin berichtete über die zu erwartende Novelle zum Unfallversicherungsgesetz. Aus einer Mittheilung des Staatssekretärs v. Voettiger geht hervor, daß die hierauf bezüglichen Vorschläge gegenwärtig den verbündeten Regierungen vorliegen und daß der Entwurf nach der Ueberreichung an den Bundesrath auch dem Berufsgenossenschaftsverbande zugehen wird. Die Versammlung beschloß, nach der Bekanntgabe des Gesetzentwurfs s. Z. einen außerordentlichen Berufsgenossenschaftstag nach Berlin einzuberufen. Es sprachen dann Herzog-Danzig über die Einrichtung von Samariterkursen, Schlesinger-Berlin über die Bildung von Unfallstationen. Die Vorschläge von Ruch-Hannover über Vermeidung der Doppelzahlungen von Rente, sowie von Bachmann-Berlin über die Vertretung der Berufsgenossenschaften nach außen wurden dem Ausschusse überwiesen. Der nächstjährige Berufsgenossenschaftstag findet in Danzig statt.

Stuttgart, 4. Juni. In der Kammer der Abgeordneten war die vorige Woche ausgefüllt durch eine fünf-tägige Generaldebatte über die Verfassungsrevision. Die Kardinalfrage betraf wiederum, wie bei allen früheren Versuchen einer solchen Reform, dasjenige Viertel der zweiten Kammer, das nicht wie die übrigen drei Viertel aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgeht, sondern kraft der Geburt oder des Amtes der Kammer angehört, die sogenannten Privilegirten (Ritter, Prälaten, Universität). Die Regierung schlug eine Verminderung

dieser Elemente, und zwar vorzugsweise der Ritter vor, wollte aber als theilweisen Ersatz besondere Vertreter von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe einführen, die von den landwirthschaftlichen Vereinen bezw. den durch den Zutritt des Handwerks erweiterten Handels- und Gewerbetammern mittelst Listenwahl zu wählen wären. Dieser Ersatzvorschlag hat trotz eingehender Befürwortung seitens des Ministeriums auf keiner Seite des Hauses großen Anklang gefunden. Die Mehrheit der Kommission schlug statt dessen eine weitere Ausdehnung des Städtewahlrechts vor und der Führer der deutschen Partei, Dr. v. Göz, ermahnte die Kammer eindringlich, mit dieser Veränderung die Vorlage als das zur Zeit allein Erreichbare anzunehmen. Die Linke bezw. die Volkspartei erklärte indeß durch den Mund des Abg. Bayer, jetzt und künftig keiner Reform zustimmen zu wollen, die nicht die Entfernung sämtlicher Privilegirten und die ausschließliche Zusammensetzung der zweiten Kammer aus Gewählten des allgemeinen Wahlrechts, die sogenannte reine Volkskammer bringe. Diesem Standpunkt zunächst kam das Centrum, das die zweite Kammer gleichfalls nur aus Gewählten bestehen lassen, aber die Listenwahl und andere Modifikationen des allgemeinen Wahlrechts zu Hilfe nehmen will, um die reine Volkskammer im Sinne der Volkspartei zu vermeiden. Die Ritterbank, als zunächst theilhaftig, erklärte sich in ihrer Mehrheit bereit, für den Entwurf zu stimmen, trat dagegen geschlossen gegen die Kommissionsanträge ein. Da unter diesen Umständen für keinen Vorschlag die erforderliche $\frac{2}{3}$ -Mehrheit zu erwarten war, hatte die Regierung, die sich in der Kommission bereit erklärt hatte, eventuell auf der Basis der Kommissionsvorschläge zu verhandeln, um so mehr Grund, auf dem Entwurf zu beharren, was wiederum die Landespartei veranlaßte, ihren Mitgliedern die Stellungnahme frei zu geben.

Einen breiten Raum nahmen in der Debatte die Erörterungen über das allgemeine Wahlrecht ein. Die Regierung wies darauf hin, daß wir für $\frac{3}{4}$ des Abgeordnetenhauses das am meisten demokratische Wahlrecht in ganz Deutschland hätten, daß die Regierung es aber nicht auf ihre Verantwortung nehmen könne, die Bildung des wichtigsten Vertretungskörpers ausschließlich der nackten Ueberzahl der Individuen auszuantworten. Der Ministerpräsident insbesondere betonte, daß nach den offenen Erklärungen des Führers der Volkspartei nicht einmal der gesicherte Fortbestand des Zweikammersystems garantiert sei, daß von der dann zu gewärtigenden einen reinen Volkskammer die äußerste Demokratisirung unseres ganzen Staatswesens zu befürchten wäre, und daß deshalb die Regierung sich nicht entschließen könne, die feste Position, die noch da sei, das Vorwerk, das der Demokratie als Stützpunkt zu weiterem Vorgehen dienen würde, auszuliefern.

Zum erstenmal hat in den Erörterungen der Kammer auch das Proportionalwahlrecht einen breiten Raum eingenommen, und zwar unter Berufung auf die Rolle, die diese Frage zur Zeit in Baden spielt. Die katholischen Abgeordneten Probst, Kiene, Gröber forderten direkt zu einem Versuche mit diesem System auf. Der Ministerpräsident zog gleich zu Anfang dasselbe gleichfalls in den Kreis seiner Betrachtungen und anerkannte die Vorzüge der Proportionalwahl, machte aber andererseits auf die großen Schwierigkeiten der Durchführung aufmerksam und fand, daß die öffentliche Meinung auf dieses System überhaupt noch nicht genügend vorbereitet sei; Versuche aber stelle man mit Verfassungsänderungen nicht an. Die demokratischen Redner verwarfen die Proportionalwahl, weil sie das persönliche Band zwischen Wählern und Gewählten durchschneiden und die ganze politisch-regiminelle Olieberung des Landes über den Haufen werfen würde.

Morgen wird die Entscheidung darüber fallen, ob das Haus nach dem völlig negativen Ergebnis der Generaldebatte in die Einzelberatung eintreten will, die, wie der Berichterstatter v. Göz bemerkte, nur noch akademischen oder agitatorischen Zweck haben könnte.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Juni. Nach dem österreichischen Abgeordnetenhaus hat nun auch das Herrenhaus seine Arbeiten beendigt; sein letzter wichtiger Beschluß galt der Annahme des Handelsvertrags mit Rußland. — In Lemberg wurde heute eine galizische Landesausstellung eröffnet. Erzherzog Karl Ludwig leitete im Namen des Kaisers die Eröffnung. Die Landesausstellung soll Einheimischen und Fremden zeigen, was Galizien zu leisten und auf welche Fortschritte es zu verweisen vermag. Nach Allem, was man von ihr hört, gibt sie ein treues Bild vom Gewerbfleiß und Bergbau dieser noch sehr entwicklungsfähigen Provinz Oesterreichs. Das „Fremden

blatt" befürwortet mit Wärme, daß die Ausstellung auch von Westösterreich her zahlreich besucht werde. Galizien sei durch die Verbesserung der Verbindungen den übrigen Provinzen näher gerückt; „nun soll auch der Bewohner des Westens sich mit Galizien vertrauter machen, mit diesem großen Lande, das ein Viertel unserer Gesamtbevölkerung beherbergt und das demzufolge für unser politisches und wirtschaftliches Leben von hervorragender Wichtigkeit ist". — Aus Pest liegen neue Meldungen von Belang nicht vor; der Kaiser hat nach den Konferenzen mit den Präsidenten beider Reichstagshäuser heute Herrn Dr. Welter empfangen und es tritt verstärkt die Meinung auf, daß derselbe mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden wird.

Italien.

Z Rom, 4. Juni. Durch den von dem Ministerpräsidenten Crispi am Samstag ganz unerwartet gestellten Antrag war in die Reihen der Abgeordneten eine Aufregung geschleudert worden, wie sie das an belebten Vorgängen gewiß nicht arme italienische Parlament noch kaum jemals erlebt hat. Den Sonntag über fanden die lebhaftesten Erörterungen innerhalb der verschiedenen Parteigruppen statt. Die von Rom abwesenden Abgeordneten wurden eilig herbeigerufen. Seit langer Zeit waren die Bänke der Kammer nicht so dicht besetzt wie in der heutigen Sitzung. Alle Tribünen, selbst jene des diplomatischen Corps, waren überfüllt. Außer dem Abg. Luzzato bekämpften sämtliche Redner den Antrag des Ministerpräsidenten, der selbst erklärte, er sei noch nie so heftig angegriffen worden, was ihn um so mehr bestrebe, da diese Angriffe von Abgeordneten ausgingen, die sich sonst durch ihre Mäßigung auszeichnen. Die Stimmung in der Kammer war eine nervös erregte, die Ausführungen der einzelnen Redner, die ihre Abstimmung motivierten, wurden kaum angehört, die ganze Aufmerksamkeit der Versammlung gehörte nur der Abstimmung selbst. Nur die Ausführungen des Abgeordneten Bacchelli, des Berichterstatters der Fünfzehnerkommission, welche darzulegen versuchten, daß der Antrag des Ministerpräsidenten auf ein volles Jahr jede den Staatsfinanzen nützliche Entscheidung verhindere und daher abgelehnt werden müsse, machten einigen Eindruck. Die Abstimmung selbst, welche um 6 Uhr begann, ging unter der größten Aufmerksamkeit und Ruhe vor sich. Jedermann war sich der Bedeutung des Augenblickes bewußt. Es währte fast eine Stunde, bis der Präsident das Ergebnis verkündigen konnte. Die Aufregung, die dieses Ergebnis hervorrief, ist unbeschreiblich. Die kleine Mehrheit, mit der das Ministerium siegte, verwandelt diesen Sieg nahezu in eine Niederlage. Es verbreitete sich darum auch sofort das Gerücht, die Minister hätten Crispi ihre Posten für die Verfügung gestellt und er selbst werde dem König seine Entlassung anbieten. Der Telegraph wird Ihnen, ehe mein Brief in Ihren Händen ist, darüber, wie Crispi die Abstimmung der Kammer beantwortet, Gewißheit geben. Hier glaubt man nicht, daß der König, wenn Crispi seine Entlassung anbietet, sie annehmen wird. Aber was dann? Wird das Ministerium, vielleicht mit einigen Personalveränderungen, versuchen, mit dieser verschwindenden Mehrheit, die sich bei dem geringsten Anlaß in eine Minderheit verwandeln kann, weiter zu verhandeln? Wird die Kammer aufgelöst werden? Wie es auch sei, jedenfalls steht Italien in einer Krise, bedeutungsvoller und schwieriger als es seit Jahren, die ja an Stürmen nicht arm waren, eine durchgemacht hat. Die besten Patrioten sehen mit Sorge der weiteren Entwicklung der Lage entgegen.

Rom, 5. Juni. In der heutigen Kammeritzung gab Crispi die Erklärung ab, daß das Ministerium seine Entlassung eingereicht habe. Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen und die Minister begaben sich nach dem Senat, um dort dieselbe Mitteilung zu machen. Nach der Rückkehr der Minister in die Kammer trat diese zu einer neuen Sitzung zusammen. Imbricani sprach sich dagegen aus, daß die Budgets als eine Verwaltungsmaßregel noch weiter beraten würden. Nach einer kurzen Beratung, an der sich auch Crispi beteiligte, erklärte sich die Kammer jedoch damit einverstanden, daß die Beratung der Budgets fortgesetzt werde, und begann die Erörterung des Ackerbaubudgets.

Frankreich.

Paris, 6. Juni. (Tel.) Der sozialistische Abgeordnete Millerand kündigte gestern in der Deputiertenkammer an, daß er die Regierung wegen des Verbots der Kundgebungen auf dem Père-la-Chaise zu interpellieren wüßte. Die Pariser Sozialisten hätten bekanntlich beabsichtigt, die Demonstration an den Gräbern der erschossenen Kommunisten, die für den 24. Mai geplant, aber von dem damaligen Ministerium Casimir Perier verboten worden war, am letzten Sonntag zur Ausführung zu bringen; das neue Ministerium hielt jedoch das Verbot aufrecht und infolge dessen mußte die geplante Kundgebung auch diesmal unterbleiben. Der Interpellant wird sich noch eine Zeit lang gedulden müssen, ehe er seine Klagen auf der Tribüne der Deputiertenkammer zur Sprache bringen kann, denn die Kammer saßte mit 270 gegen 174 Stimmen den bei der Geschäftslage des Parlaments sehr richtigen Beschluß, die Beratung der Interpellation um einen Monat zu vertagen. Dagegen trat die Kammer heute in die Beratung einer Anfrage ein, die der Abgeordnete Paschal Grousse an den Kriegsminister richtete. Die Anfrage bezog sich auf den s. Z. vom „Figaro" veröffentlichten Bericht über eine angebliche Unterredung mit einem französischen Corpskommandanten, der sich dahin ausgesprochen haben soll, für Frankreich wäre eine allgemeine Abrüstung vorteilhaft, weil die französische Armee heute an Schlagfertigkeit und Dis-

ziplin hinter der deutschen zurückstehe. Paschal Grousse behauptete, er habe Beweise dafür, daß der Verfasser des die Würde des Heeres beleidigenden Artikels wirklich von einem Armeecorpskommandanten seine Informationen erhalten habe, ja man kenne sogar den Namen des Generals. Der Letztere habe schon vor drei Jahren nach den großen Manövern ähnliche Äußerungen in die Öffentlichkeit gebracht. Es handle sich jetzt darum, ob der Kriegsminister entschlossen sei, gegen den betreffenden General einzuschreiten. Es erhob sich hier Lärm und Rufe wurden laut: „Namen nennen". Der Kammerpräsident Casimir Perier bemerkte, er glaube wohl im Sinne der Mehrheit der Kammer zu sprechen, wenn er wünsche, daß der Name des betreffenden Generals nicht genannt werde. (Beifall.) Kriegsminister Mercier antwortete auf die Anfrage Grousse's, er habe bereits in den Zeitungen erklären lassen, daß die vom „Figaro" veröffentlichten Äußerungen von seinem der französischen aktiven Generale gethan worden seien. Auf eine weitere Anzapfung erwiderte er, es habe sich um ein feindseliges Manöver gegen den General Galliffet gehandelt, dem der preussische Generalstab für sein heldenhaftes Benehmen bei Sedan die größte Anerkennung gezollt habe. (Langanhaltender Beifall.) Schließlich wurde eine Tagesordnung angenommen, deren erster Teil besagt, die Kammer brandmarke die gehässigen Anträge gegen einen General. Diesen Teil der Tagesordnung nahm die Kammer mit 400 gegen 83 Stimmen an. Der zweite Teil der Tagesordnung, welcher besagt, die Kammer gehe im Vertrauen auf die republikanische Armee und auf die Ehre und den Patriotismus ihrer Führer zur Tagesordnung über, wurde mit allen abgegebenen (484) Stimmen angenommen. Hierauf nahm man die ganze Tagesordnung mit 408 gegen 37 Stimmen an. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Großbritannien.

London, 6. Juni. (Tel.) Die englischen Radikalen haben gestern auf einer Parteikonferenz im Rathhause von Westminster ihre Forderungen für die Reform des Oberhauses und die Umgestaltung des Wahlrechts formuliert. Die Konferenz, der auch viele Deputierte beiwohnten, nahm eine Resolution Labouchere's an, welche die Aufhebung des Oberhauses verlangt und die Regierung auffordert, einstweilen eine Vorlage einzubringen, die das Unterhaus ermächtigt, vom Oberhause abgelehnte oder abgeänderte Bills in ihrer ursprünglichen Fassung der königlichen Sanction zu unterbreiten. Ferner wurde eine Resolution Dilke's angenommen, nach der das Wahlrecht lediglich von persönlicher Befähigung, nicht von Besitzverhältnissen abhängen solle. Andere Resolutionen verlangten die gesetzliche Beschränkung der Arbeitsstunden in den Bergwerken und anderen Industriezweigen, sowie die Einstellung weiterer Bewilligungen von Dotationen an die Mitglieder der königlichen Familie. Einstweilen hat das Ministerium Rosebery indessen dringendere Sorgen als die Reform des Oberhauses.

Belgrad, 6. Juni. (Tel.) Nach der Mitteilung eines hiesigen Blattes gedenkt die Königin Natalie am 14. August, am Tage der Grobjährigkeitserklärung des Königs Alexander, nach Serbien zurückzukehren. Die Königin würde dann also in Belgrad mit dem König Milan zusammentreffen, der allerdings nach einer neulich durch die Presse gegangenen Nachricht nach der Grobjährigkeitserklärung seines Sohnes, Serbien wieder zu verlassen gedenkt.

Bulgarien.

Sofia, 4. Juni. Die russischen Blätter verharren den bulgarischen Vorgängen gegenüber in ihrer reservierten Haltung. Ein abschließendes Urtheil über das neue Kabinett äußert jedoch die „Nowoje Wremja". Sie meint in einer Besprechung des neuen bulgarischen Ministeriums, bei einer solchen Zusammenfassung des Ministeriums könne Prinz Ferdinand nicht in Freundschaft mit Stambuloff bleiben, noch weniger aber auf irgendwelche Verständigung mit Rußland rechnen. Von bulgarischer Seite wird demgegenüber versichert, daß die Absicht, eine Verständigung mit Rußland zu suchen, den Ministerwechsel auch nicht veranlaßt habe; offizielle bulgarische Stimmen betonen wiederholt, daß der Kabinetswechsel in keinem Zusammenhange mit Fragen der auswärtigen Politik gestanden habe und lediglich durch die innerpolitische Lage des Landes veranlaßt worden sei. Was Stambuloff betrifft, so wird er allerdings schwerlich mit der Wahl des neuen Kabinetts sehr einverstanden sein, da die neuen Minister, mit Ausnahme des Kriegsministers Petroff, der bisherigen Opposition angehören; es wird aber wohl von dem neuen Kabinett selbst abhängen, ob Stambuloff gegen dasselbe auftritt, oder ob er sich neutral verhält. In dieser Hinsicht wird versichert, die Person Dr. Stoiloff's an der Spitze des Ministeriums biete eine Gewähr dafür, daß sich die Regierung auch politischen Segnern gegenüber vom Geiste der Mäßigung leiten lassen werde. Man dürfe aber auch die Zuversicht hegen, daß das neue Kabinett darauf bedacht sein werde, die Erhaltung der Ordnung und friedlicher Zustände im Lande mit rastloser Wachsamkeit zu hüten, um die geistliche kulturelle und materielle Weiterentwicklung des Fürstenthums zu sichern. — Man wird ja bald sehen, welche Früchte die Berufung oppositioneller Elemente zur Regierung trägt. Es handelt sich bei dem Rücktritte Stambuloff's und der Berufung eines Kabinetts Stoiloff um einen Versuch, eine freiere Regierungsform in Bulgarien einzuführen, und über die Nützlichkeit dieser Wendung muß der Erfolg entscheiden.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 6. Juni. 89. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Gönner.

Am Regierungstisch: Staatsminister Geh. Rath Dr. Hoff, Minister v. Brauer, Ministerialpräsident Geh. Rath Eisenlohr, Ministerialpräsident Dr. Buchenberger, Ministerialdirektor Seubert.

Präsident Gönner eröffnet 1/10 Uhr die Sitzung und schlägt vor, die Beratung über den Gesetzentwurf, die Gehaltsordnung betr., mit einer Generaldebatte über alle drei Theile der Vorlage zu beginnen.

An der Debatte beteiligten sich nach einem einleitenden Vortrag des Berichterstatters Wildens die Abg. Land, Hug, Fieser, Rögler, Wacker und seitens der Regierung Ministerialpräsident Dr. Buchenberger. Nach 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. (Ausführlicher Bericht folgt.)

* Karlsruhe, 6. Juni. 24. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 9. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Erstattung und Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf Nachtrag zu dem Gesetze, die Feststellung des Staatshaushaltsetats für 1894/95 — Titel IX B. III Gewerbliche Unterrichtsanstalten — betr. (Berichterstatler: Dr. Wieland, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs). 3. Beratung des Berichts der gleichen Kommission über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Einkommensteuer- und des Kapitalrentensteuergesetzes betr. (Berichterstatler: Geh. Kommerzienrath Dissen). 4. Beratung des Berichts derselben Kommission über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Gesetzes über die Besteuerung der Kunstweinfabrikation betr. (Berichterstatler: Freiherr E. A. v. Göler).

* Karlsruhe, 6. Juni. 90. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 7. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Kommission über den Gesetzentwurf, Nachtrag zur Gehaltsordnung betr. (Berichterstatler: Abg. Wildens).

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 6. Juni.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin begaben sich heute Früh in den Jägerhof mit der Absicht, sich nach dem Finden der verunglückten Freifrau von Freystedt, Witwe des Generalleutnants a. D. Freiherrn von Freystedt, zu erkundigen, fanden dieselbe aber bereits ihren Leiden erlegen. Der Hofmarschall Freiherr von Freystedt konnte noch seine Sohnespflichten am Sterbebette erfüllen.

Heute Mittag trafen Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl und Gemahlin, die Frau Gräfin von Rhena, einer Einladung der höchsten Herrschaften folgend, in Schloß Baden ein und nahmen an der Mittagstafel Theil. Nachmittags lehrten dieselben nach Karlsruhe zurück.

Im Gefolge der Erbprinzlichen Herrschaften befinden sich die Hofdame Gräfin von Ragened und der Hofmarschall Freiherr von Freystedt.

Karlsruhe, den 6. Juni.

Gestern Nachmittag fuhr Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent von Bayern mittels Sonderzugs durch unser Land, um sich für einige Tage nach der bayrischen Rheinpfalz zu begeben. Obgleich der Hohe Herr im strengsten Incognito reiste und daher alle Empfangsfeierlichkeiten seitens der Behörden abgelehnt hatte, so wurde derselbe doch auf Allerhöchsten Befehl des Großherzogs an der Landesgrenze bei Lauda von dem Flügeladjutanten Obersten Müller empfangen, welcher dem Prinz-Regenten durch das badische Land bis Mannheim das Geleite gab. Der Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, von Brauer, hatte den Befehl erhalten, den Prinz-Regenten am Bahnhof in Mannheim namens des Großherzogs zu begrüßen. Der Hohe Herr verließ nach dem Einfahren des Zuges den Wagen und unterhielt sich bis zur Weiterfahrt im fürstlichen Wartesalon mit dem Minister, den er beauftragte, seiner königlichen Hoheit dem Großherzog den Dank des Regenten für die erwiesenen Freundlichkeiten zu übermitteln.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter'm 28. v. M. gnädigst bewogen gefunden, den Kanzleigehilfen Hermann Elzer bei der Generaldirektion des Großherzoglichen Hoftheaters zum Kanzleiaffekten zu ernennen.

* Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden" enthält in der heute erschienenen Nr. 27 eine Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, die Gebühren für Geschäfte der Rechtsverwaltung betreffend. Durch dieselbe wird der Text des Gesetzes vom 20. August 1864 und des beigegebenen Tarifs, wie er sich aus den in den Gesetzen vom 21. Juni 1874 und vom 7. Mai 1894 festgestellten Änderungen für die Zeit vom 1. Juli 1894 ab ergibt, bekannt gegeben. Das Ministerium des Innern erläßt eine Verordnung, durch welche die §§ 1 und 2 der Verordnung vom 6. November 1886, den Vollzug des Jagdgesetzes betreffend, abgeändert und ergänzt werden.

W. (Aus dem Kupferstichkabinett der Groß. Kunsthalle.) Für Künstler und Kunstfreunde dürfte die im Kupferstichkabinett der Groß. Kunsthalle veranstaltete Ausstellung einer Auswahl von Kupferstichen und Studien aus dem Nachlaß des jüngst verstorbenen evangelischen Kirchenbauinspektors Groß. Bauwirths Ludwig Diemer willkommen sein. Gelegenheit bieten, Kenntniß und Urtheil über das Wirken und Wesen dieses im Leben so überaus bescheidenen Architekten zu erweitern und zu

